

Jetzt will uns die Ost-CDU-West glauben machen, eine schnelle Wahl, die sie noch vor einigen Monaten strikt abgelehnt hat, sei das Allheilmittel. Das ist aber ein Trugschluß oder, besser, ein neuerliches und sehr durchsichtiges Wahlkampfmanöver.

(Beifall bei der SPD)

Damit bessert sich überhaupt nichts.

Was wir brauchen ist angesichts des sich abzeichnenden sozialen und wirtschaftlichen tiefen und dunklen Tales nun leider die schnelle Vereinigung, die baldmögliche Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Damit geht die Verantwortung auf diejenigen, die das Entscheidende, nämlich die Finanzhoheit, bereits haben, auch politisch und rechtlich über. Leider - sage ich -, da damit die erforderliche Anpassung für unser Land nur noch unzulänglich zu machen sein wird.

Und es geht auch nicht, das haben wir immer gesagt, vor Abschluß des Vereinigungsvertrags und der 2 + 4-Verhandlungen. Deshalb halten wir den 15. September 1990 für den richtigen Termin. Da gleichzeitige Wahl von Länderparlamenten und des ersten - bedenken Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete! -, des ersten gesamtdeutschen Parlaments nach dem 2. Weltkrieg auch das technisch-organisatorischen Gründen nur im Schweinsgalopp zu machen wäre, lehnten wir diese strikt ab. Wir lehnen sie auch deshalb ab, weil eine Grundgesetzmanipulation dafür nicht akzeptabel ist und weil wir den Bürgerinnen und -ürgern in Gesamtdeutschland die Gelegenheit geben wollen, -Kandidatinnen und Kandidaten sowie Programme der Parteien wenigstens einigermaßen kennenzulernen. Um ein drohendes Desaster in den sechs zukünftigen, neuen Bundesländern zu verhindern, brauchen wir jetzt zwei Dinge, und dies sage ich Herrn de Maizière und Herrn Kohl ausdrücklich: eine ordentliche Anschubfinanzierung mit dazugehörigen Programmen. Vorschläge liegen nämlich genügend auf dem Tisch! Und wir brauchen größere Rechtssicherheit für alle Menschen sowie natürlich auch für die gewünschten Investoren. Beides ist in Verbindung mit einem Beitritt der DDR am 15. September dieses Jahres zu machen. Darauf sollten wir uns endlich konzentrieren. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Heuer von der Fraktion der PDS, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Heuer für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der letzten Zeit bemühen sich die Parteien offensichtlich, zu betonen, wie wichtig ihnen die Frage der deutschen Einheit sei, und sie meinen, dies mit spektakulären Anträgen belegen zu müssen, anstatt darüber nachzudenken, wie der Entschluß, die deutsche Einheit so schnell wie möglich, aber andererseits so gut wie nötig zu schaffen, in Gang gebracht werden kann. Dies erklärte unser Ministerpräsident am 22. Juni dieses Jahres.

Ich möchte noch eine andere Meinung von Herrn Schröder erwähnen, er stimme mit dem Ministerpräsidenten überein, daß diese Regierung, auch dieses Parlament zwar die Aufgabe haben, sich überflüssig zu machen - aber bitte nach getaner Arbeit! Und wenn wir uns jetzt fragen, ob wir unsere Arbeit getan haben, so müssen wir diese Frage - und ich glaube, da mit Ihnen allen übereinzustimmen - verneinen. Wir haben noch nicht einmal den 2. Staatsvertrag diskutiert und beschlossen. Die Länder bestehen noch nicht. Über anderes wurde heute gesprochen. Die Begründung für einen raschen Beitritt soll jetzt die Wirtschaftslage bringen.

Die PDS hat immer wieder erklärt, daß diese Form des Zusammennageln, des Anschlusses, für die DDR eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten kann. Man hat uns immer wieder als Angstmacher bezeichnet. Erinnern Sie sich an unsere Debatten

über den Handel, an die lächerliche und beschämende Anhörung des Ausschusses für Handel und Tourismus. Alle warteten auf den 1. Juli wie vorher auf den 18. März.

Sie erinnern sich an die Formulierung in unserem Parlament, wo das Kapital als scheues Reh bezeichnet wurde. Herr Krause hat diese Formulierung hier noch einmal aufgenommen. Ich glaube, man hätte sich vorher darüber klar sein müssen, daß sich die Konzerne nicht an edlen Zielen orientieren, sondern am Gewinn. Und ich meine noch etwas anderes. Ich glaube, daß dieser Übergang ohne ernsthafte staatliche Tätigkeit nicht geschaffen werden kann. Herr Minister Romberg hat heute gesagt, daß wir in bestimmtem Maße staatliche Leitungstätigkeit brauchen. Wir brauchen eine staatliche Tätigkeit. Wir brauchen Arbeit der Ministerien.

Und ich glaube nicht, daß Herr Krause recht hat, wenn er staatliche Tätigkeit einfach nur durch Psychologie ersetzen will.

(Beifall bei SPD und PDS)

Herr Krause hat hier von schmerzlichen Operationen gesprochen. Das hörte man vor Tische anders. Niemand hat vorher gesagt, daß uns eine schmerzliche Operation bevorsteht. Das wurde nicht gesagt. Meine Sorge ist, daß weitere schmerzliche Operationen an dem Patienten vorgenommen werden sollen. Und diese Operationen schmerzen natürlich nicht den, der zuschneidet - aber den, an dem geschnitten wird.

(Beifall bei der PDS, unverständlicher Zuruf von CDU/DA)

Die Frage für uns ist, ob die Regelungen, die jetzt vorbereitet werden, ob der Einigungsvertrag uns helfen, das zu machen, was für dieses Land nötig ist.

Ich möchte zu einigen Formulierungen des Entwurfes dieses Einigungsvertrages Stellung nehmen. In Artikel 23 steht, daß mit dem Beitritt das Gebiet der bisherigen DDR in die im Bundesgebiet bestehenden Regelungen des Bundes zur Wirtschaftsförderung einbezogen wird. Wenn man sich dann aber die Materialien des Entwurfes ansieht, dann gibt es in der BRD eine Wirtschaftsförderung ausschließlich für Werften, nicht für die Stahlindustrie und nicht für die Braunkohle.

Ein anderes Beispiel: Die Treuhandgesellschaft soll die Privatisierung betreiben. Die Treuhandgesellschaft soll in die Gesamtverschuldung einbezogen werden. Es ist heute gegen den Erlaß der Schulden gestimmt worden. Ich meine: Es wird nichts übrigbleiben für die Bürger. Und es soll nach meiner Ansicht auch nichts übrigbleiben.

In der heutigen Diskussion ist sehr deutlich geworden, wie ernst die wirtschaftliche Lage ist. Wird die wirtschaftliche Lage durch einen schnellen Beitritt besser? Ich meine, nein. Die Kommunen haben kein Geld für den Wohnungsbau, trotz des Wohnungsmangels.

In der „Zeit“ schrieb vor einigen Tagen Peter Christ:

„Diese beinahe perverse Situation entlarvt das Gerede all jener Politiker als unüberlegtes Geschwätz, die immer wieder behaupten, in der DDR gäbe es reichlich Arbeit, man müsse sich nur den Zustand der Städte ansehen. Arbeit gibt es nur, wenn sie jemand bezahlt, und der ist nicht in Sicht.“

Und damit bezog er sich auf den Bundesfinanzminister Waigel.

In dem Artikel heißt es weiter:

„Eine vertrauliche Gegenüberstellung der gegenwärtigen Verhandlungspositionen belegt die Knauserigkeit der Bundesregierung gegenüber den künftigen Ländern.“ Wenn Bonn sich durchsetzt, „werden bis 1994 bei den fünf neuen Ländern Schulden von knapp 87 Mrd. Mark auflaufen ... Angesichts dieser Schuldenlast hätten die DDR-Länder keine Chance, den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber den 11 Ländern der BRD aufzuholen. Sie blieben auf unabsehbare Zeit das deutsche Armenhaus.“